

Schweizerischer Bankiertag vom 17. September 2009

Die Zukunft muss gestaltet werden!

Pierre G. Mirabaud, Präsident, Schweizerische Bankiervereinigung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Sehr geehrte Damen und Herren Botschafter,

Sehr geehrte Gäste,

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Banken-Gaudillo, Abzocker, Bonus-Ritter oder Hehler. Diese und andere Bezeichnungen musste sich unser Berufsstand in den letzten 18 Monaten inflationär anhören. Absender dieser sehr rüden und in der Verallgemeinerung unerträglichen Schimpfwörter waren nicht bloss der Stammtisch, sondern auch das so genannte Feuilleton, nicht bloss Anarchisten vom Schwarzen Block, sondern auch Politiker aus bürgerlichen Kreisen und nicht bloss ewiggestrige Kapitalismuskritiker, sondern auch Industrielle modernster Prägung. In seltener Eintracht wurden wir zur Treibjagd freigegeben. Ich möchte in keiner Weise den durch Gier und blinde Systemgläubigkeit verursachten beinahe Kollaps des globalen Finanzsystems relativieren. Skandale wie Madoff oder der unkoordinierte und unvorbereitete Konkurs von Lehmann Brothers werden unsere Branche noch Jahre zu Recht in der Kritik stehen lassen. Illegales Geschäftsgebaren im Ausland haben der Reputation unserer Branche in unserem Land zusätzlich erheblich geschadet, ja gar dazu geführt, dass die Schweiz als souveräner Staat an die Grenzen seiner Rechtstaatlichkeit gehen musste. Viele dieser Ereignisse haben auch mich als Bankier erschüttert und enttäuscht, und ich habe dies auch immer wieder öffentlich angesprochen. Und doch frage ich mich, ob man deswegen über 100'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Banken in der Schweiz täglich mit derartigen Worten beleidigen darf. Woher kommt nur dieser Hass auf einen Berufsstand und auf eine ganze Branche? Sicher sind einzelne Bankmanager in der Vergangenheit zu falsch aufgetreten. Sicher waren sich einzelne junge Investment Banker, die zu rasch zu viel verdient haben,

nicht immer ihrer Verantwortung für die Gesellschaft bewusst. Aber eine ganze Branche und alle Bankiers deswegen in den gleichen Topf zu werfen, geht nicht an. Darum appelliere ich an Sie alle, sich von dieser negativen Stimmung nicht unterkriegen zu lassen. Wir müssen sicher unser Tun und Handeln wie jeder seriöse Berufsmann kritisch hinterfragen und erkennen, dass nicht alles was legal ist auch legitim ist. Wir tragen nicht bloss die Verantwortung für den nächsten Deal, sondern auch für unser Ansehen in der Bevölkerung. Nichtsdestotrotz erfüllen Banken und Bankier eine zentrale volkswirtschaftliche Aufgabe und tragen gerade auch in unserem Land erheblich zum Wohlstand bei. So betrogen beispielsweise die Steuereinnahmen der Banken und ihrer Mitarbeiter seit 2002 rund CHF 80 Mrd. – also notabene ein Vielfaches der Bundeseinlagen für die UBS.

Lassen Sie mich nun in die Zukunft blicken. In meinen Präsidialreden habe ich zu Ihnen immer Klartext gesprochen. Deshalb werde ich also auch heute nicht im Büsserhemd auftreten, sondern ein letztes Mal als Präsident der SBVg einige grundsätzliche Gedanken darlegen. Vier Punkte müssen meines Erachtens verbessert werden, damit wir auch in Zukunft erfolgreich bleiben.

1. Die Schweiz und der Finanzplatz müssen optimistischer und selbstbewusster agieren!

Sowohl die Finanzkrise als auch die ganze Diskussion ums Bankkundengeheimnis haben einmal mehr gezeigt, dass wir in der Schweiz viel zu negativ denken, zu wenig selbstbewusst agieren und uns zu allem übel auch noch selber schlecht machen. Oder kennen Sie ein anderes Land, das so defensiv reagiert, wenn ein ausländischer Politiker Kritik übt? Haben Sie sich auch über die Berichterstattung über den Gerichtsfall der UBS in Florida geärgert? Beinahe per default wurde in fast allen inländischen Kommentaren dem US-Rechtssystem recht gegeben und unser demokratisch bestimmtes Recht als weniger relevant erachtet. Unglaublich! Wir müssen endlich damit aufhören, automatisch die Sichtweise der anderen zu übernehmen, nur weil sie lauter reden, politisch stärker sind oder uns dies sympathischer erscheint. Wir haben als Land und als Branche in den letzten 20 oder 30 Jahren vieles richtig gemacht. Die Schweiz rangiert unter den zwanzig grössten Volkswirtschaften, ist siebtgrösster Finanzplatz und internationales Vermögensverwaltungszentrum Nummer eins. Diese Position wurde nicht durch Anpassen, sondern durch Kämpfen, nicht durch Mitlaufen, sondern durch Führerschaft, nicht durch Kopieren, sondern durch Innovation und – was ganz wichtig ist – auch nicht durch Rosinenpickerei, sondern durch smarte Interessenvertretung erreicht. Ich appelliere deshalb

auch an Sie, die aktiven Bankiers, aber auch an die Politiker, Beamten, Medien oder Wissenschaftler. Lassen Sie uns nicht in wenigen Jahren leichtfertig das verspielen, was unser Land in Generationen erschaffen hat. Denken wir positiver und agieren wir entschlossener.

2. Nicht nur Bankiers müssen moralisch handeln!

Bankiers werden heutzutage im Stundentakt der fehlenden Moral gescholten. Fehler wurden gemacht, und zu diesen muss man auch konsequent stehen. Ich habe dies ja auch einleitend dargelegt. Die Moral- oder Ethikfrage darf aber anhand der Ereignisse der letzten beiden Jahre durchaus auch anderen gestellt werden. Krisenzeiten sind nämlich die Hochzeiten von Heuchlern, Besserwissern oder Moralisten. Ist es z.B. moralisch, wenn andere Länder ihre Muskeln spielen lassen und als Cowboys oder Kavalleristen die demokratischen Gesetze eines Landes mit Füßen treten? Es hat mich überrascht, dass unsere EU-Turbos auf den Meinungsseiten der Medien derartige Einmischungen noch loben und rechtfertigen, sonst aber immer auf das internationale Recht pochen und für Minderheiten eintreten. Historische Vergleiche sind immer etwas heikel – ich habe dies letztes Jahr ja auch erfahren – aber es ist skandalös, wenn der Präsident der deutschen Sozialdemokratie sinngemäss sagt, dass er am liebsten Truppen in Länder schicken möchte, die nicht so handeln wie er dies gerne hätte. Hat es deswegen in der Schweiz einen Aufschrei gegeben? Leider nein! Auch finde ich es gar nicht ethisch, wenn ein schnellsprechender, aber langsam denkender deutscher Finanzminister die Schuld an den hohen Staatsschulden bei anderen Ländern sucht und nicht bei einem über Jahrzehnte aufgeblähten Klientelhaushalt oder einem für seine Bürger viel zu komplizierten Steuersystem. Es wurden und werden hemmungslos Schulden gemacht, welche die späteren Generationen abtragen müssen. Gigantisch angehäuften Staatsschulden können nur durch Inflation, also die unsozialste aller Lösungen, abgetragen werden können. Auch ist es etwas unmoralisch, wenn die grösste Kritik an fremden Steuersystemen von Beamten aus Brüssel oder aus der Pariser OECD-Zentrale stammt, die selber keine Steuern bezahlen müssen.

An den Strukturproblemen einzelner Industrien hat die Finanzkrise keinen Anteil, trotzdem rufen deren Exponenten lautstark nach Krediten und malen das Schreckgespenst einer Kreditklemme an die Wand. Wir müssen wieder ehrlicher werden und nicht mit dem Moralfinger der rechten Hand auf die anderen zeigen und gleichzeitig mit der linken die hohle Hand machen.

3. Marktwirtschaft und Globalisierung müssen gewahrt bleiben!

Krisen gehören zur Marktwirtschaft wie der Kater nach einem bunten Abend. Aber jeder neue Wirtschaftszyklus beginnt auf einem höheren Wohlstandsniveau als der letzte. Sicher, wir haben eine globale Wirtschaftskrise, die sich wahrscheinlich noch verschärfen wird. Aber trotzdem: bevor wir alle wieder für die Tauschwirtschaft einstehen oder unsere Wirtschaft angesichts der Finanzkrise zu Tode regulieren, möchte ich anhand weniger Zahlen die Überlegenheit der Marktwirtschaft und der Globalisierung aufzeigen. Gemäss UNO ist in den letzten 50 Jahren die Armut weltweit stärker zurückgegangen als in den 500 Jahren davor. 1975 waren 6 von 10 Asiaten arm, heute sind es noch 2. In den vergangenen 100 Jahren wurde auf der Erde mehr Wohlstand geschaffen als in den 1000 zuvor. Sicher gibt es immer noch Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten. Aber konzentrieren wir uns doch in unserer Argumentation nicht bloss auf die wenigen Unzulänglichkeiten, sondern auf die vielen Vorzüge der Marktwirtschaft. Korrigieren wir mit dem Skalpell sorgfältig die gemachten Fehler und schiessen uns nicht mit einer Schrotflinte zurück in den realen Sozialismus. Denn es gilt immer noch, was der grosse Churchill sinngemäss gesagt hat: Kapitalismus ist die schlechteste aller Wirtschaftsordnungen, ausser allen anderen.

4. Aussenpolitik ist primär Aussenwirtschaftspolitik – gerade auch für die Schweiz!

Wirtschaftlich ist die Schweiz mit einem Exportanteil am Bruttoinlandprodukt von über 40% international enorm stark vernetzt. Im Zuge eines durch den Wirtschaftsabschwung verstärkten Wirtschaftspatriotismus vieler Länder ist die Schweiz natürlich sehr verwundbar. Aus diesem Grund muss sich unser Land auch politisch stärker vernetzen. In den letzten Jahren hat die Schweiz im Ausland vor allem mit schönen PR-Aktionen oder durch die Etablierung des UN-Menschenrechtsrates in Genf Schlagzeilen gemacht. Mit dem letzten Schritt haben wir uns beispielsweise bei der einzig verbliebenen Supermacht auch nicht gerade beliebter gemacht. Das Abschreiten der Demarkationslinie in Korea ist zwar medienwirksam, Besuche in Schwarzafrika mögen gut sein für das schlechte Gewissen und die Südsee ist touristisch interessant. Aber wir müssen uns wieder mehr dort vernetzen, wo es wirtschaftlich wichtig ist. Berlin, Paris, London oder Washington müssen aufgerüstet werden. Und zwar vor Ort - qualitativ und quantitativ - aber auch durch eine koordinierte und kohärente Besuchsdiplomatie des Bundesrates. Peking, Moskau oder Brasilia gehören auf unser politisches Radar – und zwar nicht bloss bei den Themen Menschenrechte oder Armut,

sondern auch wenn es um Exporte oder Handelslizenzen geht. Auch müssen unsere politischen Institutionen reformfähig bleiben. Es mutet schon eigenartig an, dass wir nach wie vor gleich viele Bundesräte haben wie bei der Gründung der modernen Schweiz vor über 150 Jahren. Ebenso gehört die bloss einjährige Amtszeit des Bundespräsidenten kritisch hinterfragt. Politische Folklore und Traditionen in Ehren, aber wir leben heute in einer globalen Welt mit anderen Ansprüchen an das politische Personal und die Institutionen. Ich möchte diese Worte aber bewusst nicht als Kritik an der aktuellen Politik des Bundesrates verstanden wissen. Denn insbesondere die Art und Weise, wie der Bundesrat gemeinsam mit der Schweizerischen Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht die Finanzkrise gemanagt hat, verdient meinen grossen Respekt. Weitsicht, Professionalität und Verhältnismässigkeit sind die drei Worte, mit denen ich dieses Verhalten umschreiben möchte. Aber wenn es um Aussenbeziehungen geht, reden in Bern öffentlich zu viele Leute, werden für einen neutralen Kleinstaat die falschen Prioritäten gesetzt und ist manches zu wenig koordiniert. Ich wünsche mir sehr, dass die Aussenpolitik stärker realisiert, dass die Schweiz wirtschaftlich unter den 20 grössten Volkswirtschaften rangiert, auch wenn dies übrigens von der G20 leider nicht anerkannt wird, und wir somit mit mehr Selbstbewusstsein und Entschlossenheit international auftreten dürfen und müssen. Etwas mehr Sarkozy und etwas weniger Seldwyla würden uns angesichts der momentanen Herausforderungen sicher gut anstehen. Schliesslich muss für uns alle der alte Grundsatz wieder mehr Gültigkeit haben, dass die Lösung oder der Konsens nicht am Anfang, sondern am Schluss von Verhandlungen steht.

Nach sechs Jahren guter und loyaler Dienste trete ich heute offiziell zurück und gebe mein Amt als Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankiervereinigung ab – wie ich es anlässlich meiner Ernennung angekündigt habe.

Ich muss Ihnen gestehen, ohne mich bei Ihnen anbiedern zu wollen, dass ich diese Aufgabe sehr gerne wahrgenommen und mich mit ganzer Kraft dafür eingesetzt habe. Meine Amtsperiode war eine bewegte Zeit voller Herausforderungen.

Aber ist dies nicht jedes Jahrzehnt der Fall? Ich habe die grosse Kompetenz unserer ranghohen Beamten der Bundesverwaltung geschätzt, ich konnte mich auf die Unterstützung der Politiker verlassen, was sie gegenüber ihrer Wählerschaft zuweilen in die Bredouille brachte. Ausserdem konnte ich die Vielfältigkeit unseres Finanzplatzes, deren Akteure nicht

immer die gleichen Prioritäten oder Anliegen verfolgen, entdecken und besser verstehen lernen. Doch dies ist das Schicksal aller Dachverbände, deren vordringliche Aufgabe der Zusammenhalt ihrer Mitglieder ist.

Entgegen der vorherrschenden Meinung konnte ich sowohl die kontinuierliche Unterstützung durch die wichtigen Personen als auch die Solidarität der kleinen Leute spüren.

Unsere Mitglieder sind sich der grossen Anstrengungen unserer Geschäftsstelle unter der Führung von Urs Roth, unserem Delegierten des Verwaltungsrats, sowie von Claude-Alain Margelisch, unserem stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsleitung, nicht immer bewusst. Dieses ganze Team widmet sich mit Herz und Seele den Interessen unseres Finanzplatzes und arbeitet mit begrenzten Mitteln unter einem enormen Druck. Ihre Arbeit sei an dieser Stelle gewürdigt. Ich spreche Ihnen Lob und Anerkennung aus.

Eine der grössten Schwächen unseres Landes ist es, für das reibungslose Funktionieren unserer Institute nicht die notwendigen Gelder bereitzustellen. Ich denke hier etwa an die dürftigen Mittel für die Abteilung für Internationales der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Ich ersuche das Parlament, sich Gedanken darüber zu machen, wie unsere Bundesregierung am besten auf Krisen vorbereitet werden kann.

Hier, in der Stadt von Calvin, erlaube ich mir zu sagen, dass Mitteleinsparungen, Zurückhaltung und Opferbereitschaft nicht die optimalen Rezepte für ein kleines Land darstellen, wenn es ausländischen Behörden, die über unbegrenzte Mittel zur Erreichung ihrer Ziele verfügen, die Stirn bieten will.

Einige Kommentatoren haben mir meine Offenheit vorgeworfen und scheinen sich nur an meine Äusserungen zu erinnern, die sie als Faux-Pas qualifizieren.

Dies kümmert mich nicht allzu sehr, bin ich doch überzeugt, dass in unserer Zeit der verhaltene und politisch korrekte Diskurs nicht das effizienteste Mittel darstellt, unserer Bevölkerung die immer komplexeren Probleme nahezubringen, mit denen wir konfrontiert sind. Die Schweizer Bevölkerung liebt die Klarheit ohne Umschweife und Sie haben mir hoffentlich verziehen, wenn ich bisweilen schonungslos Ross und Reiter genannt habe, auch wenn ich mich in einzelnen Fernsehübertragungen einer gewissen übertriebenen poetischen Ausdrucksweise bedient habe. Die sehr zahlreichen Dankesbekundungen haben mich in

meiner Überzeugung bestärkt, auszusprechen, was die Mehrheit denkt! Dies ist doch das Privileg der öffentlichen Person, die in ihrer Unabhängigkeit nicht am Tropf einer Partei oder einer Wählerschaft hängt!

Ich überreiche heute den Staffelstab an Patrick Odier, Senior Partner von Lombard Odier Darier Hentsch & Cie. Ich mache dies mit dem gebotenen Selbstbewusstsein, übergebe ich ihm doch eine starke Vereinigung, deren Geschäftsstelle auf die in den nächsten Monaten anstehenden Probleme vorbereitet ist.

Ich mache es mit Zuversicht, denn er ist der Herr der Lage: Dank seiner langen Erfahrung als Vizepräsident von economiesuisse wird er die richtigen Worte für den unverzichtbaren Dialog zwischen der Industrie und dem Finanzplatz finden. Mit seinem ausgeprägten Interesse für Ausbildungsfragen wird er die neuen Herausforderungen des Swiss Finance Institute mit Bravour angehen; und aufgrund seiner guten Kenntnis der Bankenwelt zweifle ich nicht daran, dass er seine Dossiers beherrschen wird.

Ich hoffe sehr, dass ihn seine neue Aufgabe ebenso befriedigen wird wie mich in den letzten Jahren.

In diesem Sinne, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren Botschafter, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, verabschiede ich mich von Ihnen!